

# Generationengerechtes Greven

- Für eine offensive Gestaltung des demographischen Wandels -

## **Kinder und Familien fördern**

Der demographische Wandel verändert unsere Stadt. Unsere Bevölkerungsstruktur wird zunehmend älter, zudem sinkt seit kurzem die Einwohnerzahl, gleichzeitig steigt der Anteil zugewanderter Mitbürger. Die FDP tritt dafür ein, diesem gesellschaftlichen Wandel offensiv zu begegnen und seine Chancen und Risiken als wesentliche Querschnittsaufgabe zu begreifen, die nahezu alle Bereiche unserer Politik vor Ort betrifft. Greven braucht tragfähige Handlungskonzepte, die alle Beteiligten einbinden und zu einem gesamtstrategischen Ansatz für die unsere Kommune führen. Die FDP will, dass zukünftig alle kommunalpolitischen Entscheidungen dahingehend überprüft werden, ob sie der demographischen Entwicklung gerecht werden („Demographie-Check“). Zudem braucht unsere Stadt klare Handlungsprioritäten. Nur wenn wir in die Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien investieren, sind wir dauerhaft zukunftsfähig. Dafür brauchen wir zielgruppenorientierte und angemessene Angebote für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ein attraktives Bildungsangebot, das den regionalen Begebenheiten gerecht wird. Dafür wird die FDP das von der Landesregierung vorangetriebene qualitätsvolle Bildungs- und Betreuungsangebot vor Ort ausbauen. Mit dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass im Jahr 2010 für mindestens 20 Prozent aller unter drei Jahren alten Kinder ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen kann, flexible Öffnungszeiten möglich sind und als ergänzendes Angebot die Tagespflege jetzt gesetzlich geregelt ist und neue Chancen für eine passgenaue Betreuung eröffnet. Auf Initiative der FDP erhalten alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr im Jahr 2010/2011 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Zudem wollen wir die Familien finanziell durch den schrittweisen Abbau von KiTa-Beiträgen entlasten. Die FDP setzt sich für ein plurales Angebot an Kindertageseinrichtungen aller Trägergruppen ein, damit Eltern zwischen unterschiedlichen Grundrichtungen der Erziehung wählen können. Wir unterstützen zudem die Einrichtung von Betriebskindergärten, weil sie im gemeinsamen Interesse von Arbeitnehmern mit Kindern und Arbeitgebern sind und zusätzliche Flexibilität schaffen. Vor Ort will die FDP die Informationen für Familien etwa durch ein regionales Familienportal im Internet verbessern, ein attraktives Wohnumfeld für Familien schaffen sowie Spiel- und Freizeiträume für Kinder und Jugendliche erhalten und ausbauen. Ziel muss es sein, lebenswerte Städte und Gemeinden auch für Ältere zu schaffen, damit sie in ihrem eigenen Wohnumfeld verbleiben können.

## **Bedeutung von Senioren stärken**

Senioren spielen zukünftig auch in Greven eine noch größere Rolle als zuvor. Die FDP tritt dafür ein, einerseits die Interessen und Bedürfnisse der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker zu berücksichtigen und ihnen andererseits neue Chancen zu ermöglichen, wie sie sich für unsere Gesellschaft vor Ort engagieren können. Wir wollen einen stärkeren Generationendialog, in dem die Jungen von dem Wissen der Älteren profitieren und umgekehrt die Jüngeren die Älteren in ihrem Alltag unterstützen. Seniorenpolitik wird heute noch zu sehr aus der Perspektive möglicher Benachteiligungen oder Pflegebedürftigkeit formuliert. Natürlich müssen diese Aspekte auch weiterhin Berücksichtigung finden, doch sind ältere Menschen heute selbstbewusster, engagierter und mobiler denn je. Zudem verfügen sie überwiegend über eine hohe Kaufkraft und sind ein großes Potenzial für unsere Kommune.

Die FDP will dieses Potenzial nutzen, um mit einer seniorengerechten Planungspolitik ihren Mobilitäts-, Wohn- und Freizeitbedürfnissen gerecht zu werden. Generationenübergreifende Projekte wie etwa das Mehrgenerationenwohnen sollten aus Sicht der Liberalen gefördert werden. Die Einrichtung von Seniorenvertretungen soll gefördert und unterstützt werden.

## - Für die liberale Bürgergesellschaft in Greven -

### **Mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen**

Die Liberalen wollen jedem einzelnen Menschen die Möglichkeit geben, sein Lebensumfeld mitzugestalten und seine Interessen und Sichtweisen in die politischen Entscheidungen vor Ort einzubringen. Die Kommune ist der ideale Ort für bürgerschaftliches Engagement. Daher will die FDP durch Abbau von Vorschriften und überflüssigen Regeln mehr Eigeninitiative ermöglichen. In einer liberalen Bürgergesellschaft muss die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger transparenter werden und mehr Bürgerbeteiligung zulassen. Mit der Reform der Gemeindeordnung hat die FDP in der Landeregierung die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten bereits gestärkt. So können beispielsweise die Bürger anstelle des Rates per Ratsbürgerentscheid über eine wichtige Angelegenheit in der Kommune entscheiden. Auch im Zuge von Planungsverfahren gibt es verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung. Allerdings sind die Bürgerinnen und Bürger oft nur mangelhaft über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten informiert. Die FDP sieht Bürger nicht als lästige Bedenkenräger, sondern will sie aktiv und frühzeitig an der Ausarbeitung von Planungsvorhaben beteiligen. Auch bei der Aufstellung des Haushaltes (Bürgerhaushalt) sollten die Bürger stärker einbezogen werden. Zum besseren Dialog zwischen Verwaltung und Bürgern gehört auch eine verständliche Sprache. In Schreiben der Verwaltung müssen Fachwörter entweder erläutert oder weggelassen werden.

### **Verwaltung modernisieren und Barrieren abbauen**

Mit Hilfe elektronischer Medien kann die Verwaltung zu einem Servicecenter sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Unternehmen ausgebaut werden. Mit bedienungsfreundlichen Internetangeboten können lästige und zeitaufwendige Behördengänge ersetzt werden. Mit diesem so genannten E-Government kann die Verwaltung zudem in vielen Bereichen effizienter werden und Kosten sparen. Die FDP schlägt vor, Teile der durch E-Government erreichten Einsparungen dazu zu nutzen, um auch die Behördengänge für Nicht-Internetnutzer und dabei insbesondere Senioren bequemer und kundenfreundlicher zu gestalten. Die Liberalen sehen in den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung eine wertvolle Ressource, die stärker genutzt werden muss.

Durch verstärktes eigenständiges Arbeiten und Entscheiden sollen sie zusätzlich motiviert werden, zu einem effizienteren Verwaltungsablauf beizutragen. Das Neue Kommunale Finanzmanagement ermöglicht es den Mitarbeitern, durch Budgetverantwortung und Zielvorgaben selbstständig verantwortlich zu arbeiten.

In der liberalen Bürgergesellschaft haben alle Einwohner die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dies gilt insbesondere auch für Menschen mit Behinderungen. Es ist daher das Ziel der FDP, für alle Menschen mit Behinderungen bestehende Barrieren und vorhandene Diskriminierung abzubauen sowie notwendige Hilfe und Förderung zur Integration und Selbstbestimmung zu gewähren.

Die liberale Bürgergesellschaft lebt von ihrer Vielfalt. Daher sehen Liberale im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft einen Gewinn. Die FDP setzt auf Prinzipien der Integration und Partizipation und lehnt die Bildung von Teilgesellschaften ab. Jeder einzelne Mensch mit Migrationshintergrund muss gefördert, aber auch gefordert werden, Verantwortung für sich selbst und seine Familie zu übernehmen. Das betrifft vor allem Sprache, Bildung, Arbeit und Teilhabe am Leben der Mehrheitsgesellschaft. Zudem muss verdeutlicht werden, dass die Werte des Grundgesetzes und die in den vergangenen vierzig Jahren von Liberalen erkämpften Freiheitsrechte unabhängig von Herkunft, Tradition oder Glaubenszugehörigkeit unbedingte Gültigkeit besitzen. Gleichzeitig muss die Aufnahmegesellschaft eine stärkere Willkommenskultur etablieren und neuen Zuwanderern, aber auch bereits lange hier lebenden Migrantinnen und Migranten das eindeutige Signal geben, dass sie ein ebenbürtiger Teil der Gesellschaft sind.

## **Infrastruktur und Wohnraum anpassen**

Doch nicht nur eine älter werdende Gesellschaft bringt neue Herausforderungen, sondern auch die abnehmende Einwohnerzahl, die sich nun auch in Greven abzeichnet. Um die Lebensqualität zu erhalten und weiterhin ein attraktives Angebot für die Bürgerinnen und Bürger aufrechtzuerhalten, sind intelligente Lösungen gefragt. Die FDP setzt sich dafür ein, öffentliche Einrichtungen durch gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten zu erhalten. Bei einem weiteren Bevölkerungsrückgang in Greven sprechen sich die Liberalen für eine Konzentration auf weniger Standorte, die dafür attraktiver gestaltet sind, aus. Dieses kann dazu beitragen, die kommunale Infrastruktur der demographischen Entwicklung anzupassen. Auch die kommunale Verwaltung muss sich den Veränderungen stellen.

Um den Menschen in allen Vierteln gleiche Perspektiven zu ermöglichen, will die FDP diese Wohnquartiere grundsätzlich verändern. Neben bereits vorhandenen landespolitischen Programmen zur Stadtteilentwicklung setzt sich die FDP dafür ein, unter Beteiligung von Maklern, Mietervereinen und Wohnungsbaugesellschaften, ein verändertes, „gemischtes“ Wohnen zu ermöglichen. Die Einrichtung von Familienzentren und attraktiven Spielflächen für Kinder und Jugendliche führen zu einer Wohnumfeldverbesserung, die eine Heterogenität der Wohnbevölkerung fördert. Dabei setzen wir auf die aktive Beteiligung Bürger bei einer etwaigen Umgestaltung, um die Identifikation mit der eigenen unmittelbaren Umgebung zu stärken. Durch den Einsatz professioneller und ehrenamtlicher Quartiersmanager können die Prozesse zur Umgestaltung gesteuert und durch aufsuchende Sozialarbeit flankiert werden.

## **Mehr Bürgerbeteiligung ermöglichen**

Die Liberalen wollen jedem einzelnen Menschen die Möglichkeit geben, sein Lebensumfeld mitzugestalten und seine Interessen und Sichtweisen in die politischen Entscheidungen vor Ort einzubringen. Die Kommune ist der ideale Ort für bürgerschaftliches Engagement. Daher will die FDP durch Abbau von Vorschriften und überflüssigen Regeln mehr Eigeninitiative ermöglichen. In einer liberalen Bürgergesellschaft muss die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger transparenter werden und mehr Bürgerbeteiligung zulassen. Mit der Reform der Gemeindeordnung hat die FDP in der Landeregierung die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten bereits gestärkt. So können beispielsweise die Bürger anstelle des Rates per Ratsbürgerentscheid über eine wichtige Angelegenheit in der Kommune entscheiden. Auch im Zuge von Planungsverfahren gibt es verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung. Allerdings sind die Bürgerinnen und Bürger oft nur mangelhaft über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten informiert. Die FDP sieht Bürger nicht als lästige Bedenkenräger, sondern will sie aktiv und frühzeitig an der Ausarbeitung von Planungsvorhaben beteiligen. Auch bei der Aufstel

lung des Haushaltes (Bürgerhaushalt) sollten die Bürger stärker einbezogen werden. Zum besseren Dialog zwischen Verwaltung und Bürgern gehört auch eine verständliche Sprache. In Schreiben der Verwaltung müssen Fachwörter entweder erläutert oder weggelassen werden.

## **Verwaltung modernisieren und Barrieren abbauen**

Mit Hilfe elektronischer Medien kann die Verwaltung zu einem Servicecenter sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Unternehmen ausgebaut werden. Mit bedienungsfreundlichen Internetangeboten können lästige und zeitaufwendige Behördengänge ersetzt werden. Mit diesem so genannten E-Government kann die Verwaltung zudem in vielen Bereichen effizienter werden und Kosten sparen. Die FDP schlägt vor, Teile der durch E-Government erreichten Einsparungen dazu zu nutzen, um auch die Behördengänge für Nicht-Internetnutzer und dabei insbesondere Senioren bequemer und kundenfreundlicher zu gestalten. Die Liberalen sehen in den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung eine wertvolle Ressource, die stärker genutzt werden muss.

Durch verstärktes eigenständiges Arbeiten und Entscheiden sollen sie zusätzlich motiviert werden, zu einem effizienteren Verwaltungsablauf beizutragen. Das Neue Kommunale Finanzmanagement ermöglicht es den Mitarbeitern, durch Budgetverantwortung und Zielvorgaben selbstständig verantwortlich zu arbeiten.

In der liberalen Bürgergesellschaft haben alle Einwohner die Chance, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dies gilt insbesondere auch für Menschen mit Behinderungen. Es ist daher das Ziel der FDP, für alle Menschen mit Behinderungen bestehende Barrieren und vorhandene Diskriminierung abzubauen sowie notwendige Hilfe und Förderung zur Integration und Selbstbestimmung zu gewähren.

Die liberale Bürgergesellschaft lebt von ihrer Vielfalt. Daher sehen Liberale im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft einen Gewinn. Die FDP setzt auf Prinzipien der Integration und Partizipation und lehnt die Bildung von Teilgesellschaften ab. Jeder einzelne Mensch mit Migrationshintergrund muss gefördert, aber auch gefordert werden, Verantwortung für sich selbst und seine Familie zu übernehmen. Das betrifft vor allem Sprache, Bildung, Arbeit und Teilhabe am Leben der Mehrheitsgesellschaft. Zudem muss verdeutlicht werden, dass die Werte des Grundgesetzes und die in den vergangenen vierzig Jahren von Liberalen erkämpften Freiheitsrechte unabhängig von Herkunft, Tradition oder Glaubenszugehörigkeit unbedingte Gültigkeit besitzen. Gleichzeitig muss die Aufnahmegesellschaft eine stärkere Willkommenskultur etablieren und neuen Zuwanderern, aber auch bereits lange hier lebenden Migrantinnen und Migranten das eindeutige Signal geben, dass sie ein ebenbürtiger Teil der Gesellschaft sind.

## **Ehrenamt stärken**

Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Ehrenamt. Ohne dieses Engagement von Mitbürgern in Sport- und Kulturvereinen, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in den Sozialdiensten und nicht zuletzt in der Kinder- und Jugendarbeit wäre unsere Gesellschaft vor Ort gar nicht lebensfähig. Mit der Zertifizierung durch den Landesnachweis „Ehrenamtliches Engagement im Sport“ ist die Anerkennung der ehreamtlichen Tätigkeit in diesem Bereich gestärkt worden. Die FDP tritt dafür ein, eine Anerkennungskultur auch auf andere Bereiche zu übertragen. Um die herausragende Arbeit von Vereinen, Verbänden und Initiativen weiterhin zu unterstützen, tritt die FDP dafür ein, dass gerade dort, wo ehrenamtliche Arbeit stattfindet, dieses Engagement gefördert wird und nicht durch eine Vielzahl von Vorschriften und Bürokratie erschwert wird.

Auch die Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen. Gerade vor Ort können die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem eigenen Beitrag wesentlich zur Verbesserung ihres Lebensumfeldes und ihrer Lebensqualität beitragen. Die FDP lädt daher dazu ein, sich aktiv zu beteiligen, in der Bürgergesellschaft, aber auch in unserer Partei mitzuwirken. Gemeinsam mit den Menschen in Greven werden wir eine lebendige und zukunftsorientierte Politik für unsere Stadt gestalten.

## Bildung in Greven

### - Für optimale Bildungschancen in Greven -

#### **Jedes Kind individuell fördern**

Die FDP setzt sich konsequent und pragmatisch für die Verbesserung der Bildungschancen jedes Einzelnen ein. Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben in einer vitalen Gesellschaft. Zugleich sichert in der heutigen Wissensgesellschaft nur eine gebildete Gesellschaft mit vielen innovativen Köpfen die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes im globalen Wettbewerb. Die FDP tritt dafür ein, dass keinem Kind Bildungschancen vorenthalten werden. Das gebietet nicht nur die Chancengerechtigkeit. Wir können uns auch als Gesellschaft nicht leisten, auf die Talente der Kinder aus bildungsfernen Familien zu verzichten. Daher setzen wir uns dafür ein, alle Kinder gezielt nach ihren Begabungen zu fördern. Mit zahlreichen Maßnahmen hat die FDP in der Landesregierung die substantielle Verbesserung der Bildung unserer Kinder bereits vom Vorschulalter an vorangebracht. Mit dem Kinderbildungsgesetz hat die FDP-NRW nicht nur den Umfang von Betreuung verbessert, sondern den Bildungsauftrag der Kindergärten präzisiert, die Weiterentwicklung vieler Einrichtungen zu Familienzentren befördert und die Sprachförderung intensiviert. Gerade durch die gezielte Sprachförderung wird sichergestellt, dass alle Kinder dem Unterricht folgen können. Das schafft einerseits bessere Chancen für Kinder aus Zuwandererfamilien und führt andererseits dazu, dass Grundschulklassen durch mangelnde Sprachkompetenz einiger Schüler in ihrer Lernentwicklung nicht länger aufgehalten werden. Um für die Kinder eine bestmögliche Bildung zu ermöglichen, setzt sich die FDP dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen in Greven so zu verbessern, dass die Übergänge zum Wohle der Kinder optimiert werden.

#### **Schulangebote optimieren**

Das Konzept der Offenen Ganztagschulen soll quantitativ, aber vor allem auch qualitativ weiterentwickelt werden, um sowohl die Angebotsstrukturen für die Eltern als auch die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes zu verbessern.

Die FDP-NRW will zudem in allen Regionen ein Angebot an echten Ganztagschulen schaffen, um Kindern und Eltern zusätzliche Wahlmöglichkeiten zu eröffnen. Auch in Greven soll das Angebot von Ganztagschulen sukzessive ausgebaut werden. Das differenzierte, begabungsgerechte Bildungssystem soll weiterentwickelt werden. Die Landes-FDP sieht des Weiteren eine Erweiterung der Entscheidungsfreiheit vor Ort vor. Heute erfolgreiche Schullandschaften, die über eine ausreichende Anzahl an Schülern verfügen, dürfen dabei nicht in Frage gestellt werden. Dort aber, wo diese Voraussetzungen zukünftig nicht mehr gegeben sind, sollen neue Modelle des intensiveren organisatorischen und pädagogischen Verbundes

von Haupt-, Real- und Gesamtschulen ermöglicht werden, wenn die Gremien der beteiligten Schulen und ihre Träger dies wünschen. Für die FDP ist entscheidend, dass wir vor Ort ein optimales, differenziertes Bildungsangebot schaffen, das den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht wird.

## **Bildungseinrichtungen vernetzen**

Neben dem qualitativen und quantitativen Ausbau der einzelnen Bildungseinrichtungen forciert die FDP als weiteren Schritt die Entwicklung einer Bildungslandschaft. Ziel des liberalen Projekts „Wissensstadt“ auf Landesebene ist es, die jeweiligen Bildungseinrichtungen in ihrer Region untereinander, aber auch mit allen anderen relevanten Einrichtungen ihrer Umgebung zu vernetzen. Erste Ansätze dazu sind in den meisten Kommunen bereits vorhanden. So gibt es vielerorts Kooperationen zwischen Schulen und ortsansässigen Unternehmen, bei denen Schüler beispielsweise Praktika absolvieren und auf diese Weise erste Eindrücke in der Arbeitswelt sammeln. Solche Projekte müssen auch in Greven systematisch gefördert, ausgebaut und zu einem dauerhaften System verdichtet werden. Die FDP tritt dafür ein, dass jede weiterführende Schule mit einem Wirtschaftsunternehmen als Partner kooperiert, damit sich Schüler und Lehrer über die praktischen Anforderungen der Berufswelt informieren können. Zudem sollte die enge Zusammenarbeit mit Handwerks- bzw. Technikerverbänden, der örtlichen Agentur für Arbeit sowie den Fachhochschulen und Universitäten in der Region gesucht werden, um Jugendlichen frühzeitig Orientierung für ihr zukünftiges Berufsleben zu geben. Zur Gewährleistung der Durchlässigkeit des Schulsystems sowie zur regelmäßigen Motivation der Schüler fordert die FDP eine enge Kooperation zwischen den verschiedenen Schultypen.

## **Mehr Bildungspartner integrieren**

Auch in der Grevenener Bildungslandschaft kann die kulturelle Entwicklung der Kinder durch Zusammenarbeit mit Bibliotheken und der Musikschule gezielt gefördert werden. Kultur für Kinder bedeutet, ihr Interesse zu wecken, ihre Begabungen zu fördern und dabei Fähigkeiten wie Empathie, aber auch Konzentration und Durchhaltevermögen etwa beim Erlernen eines Instrumentes zu vermitteln. Kooperationen mit Sporteinrichtungen verfolgen den Zweck, dass jedes Kind sportliche Fähigkeiten entwickelt, seine Talente entdeckt und Selbstbewusstsein aufbaut. Mit der Initiierung so genannter Bildungspatenschaften besteht für Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, einen ehrenamtlichen Bildungspaten an die Seite zu bekommen, der sie auf ihrem Bildungsweg sowie beim Berufseinstieg unterstützt. Um eine solche Bildungslandschaft erfolgreich zu etablieren, muss die Stadt entsprechende Strukturvoraussetzungen schaffen. Die Etablierung einer Bildungslandschaft kostet Zeit, Engagement und Geld. Die FDP setzt sich daher dafür ein, privates Engagement zu fördern. Die Einrichtung einer Bildungspatenschaft auch für benachteiligte Kinder und Jugendliche ist dabei ebenso wichtig wie das Einwerben von Spendengeldern oder das freiwillige Engagement von Bürgern in den Bildungs- und Sozialeinrichtungen der Kommune.

Von einer erfolgreichen kommunalen Bildung profitieren alle Beteiligten: Die Bürgerinnen und Bürger, die ihre individuellen Chancen durch die gesteigerte Qualität der örtlichen Bildungseinrichtungen verbessern, die Unternehmen, die auf ausreichend qualifiziertes Personal zurückgreifen können, und nicht zuletzt die Stadt Greven selbst, die sich mittel- und langfristige soziale Folgekosten gescheiterter Bildungsbiographien sparen und den wirtschaftlichen und demographischen Herausforderungen der Zukunft mit Gelassenheit entgegenblicken können.

# Wirtschaft und Finanzen

## - Für ein wirtschaftlich starkes Greven -

### **Wirtschaft und Tourismus fördern**

Eine hohe Lebensqualität in Greven kostet Geld. Gerade in einer Zeit des klammen Stadtsäckels bedarf es einer liberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik, um der Kommune ihren Handlungsspielraum zurückzugeben. Die FDP sieht dabei in den kleineren und mittleren Unternehmen das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie brauchen faire Wettbewerbsbedingungen und Freiräume zur wirtschaftlichen Entwicklung. Den Kurs der Landes-FDP, mittelständische Unternehmen vor der zunehmenden Konkurrenz durch Unternehmen und Einrichtungen der öffentlichen Hand zu schützen, wollen wir auch vor Ort konsequent fortsetzen.

Die FDP setzt sich zudem für eine moderne, an neuen Marktpotenzialen orientierte kommunale Wirtschaftsförderung ein. Dazu gehört auch eine aktivierende Bestandspflege und die Bereitstellung von Gewerbeflächen mit einer geeigneten Infrastruktur. Dabei will die FDP insbesondere Existenzgründer und Jungunternehmer unterstützen. Die FDP tritt dafür ein, dass Genehmigungsverfahren erheblich vereinfacht und beschleunigt werden. So sollten etwa Anträge mit Fristvorgaben bei Überschreitung der Frist grundsätzlich als genehmigt gelten. Aus liberaler Sicht sollten zudem zukünftig sämtliche Landes- oder Kreisvorschriften an die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten angepasst werden, um hier die kommunale Eigenverantwortung zu stärken. Insgesamt sind die Auflagen der Bau- und Umweltsatzungen auf ihre Notwendigkeit zu prüfen und entsprechend zu reduzieren.

Greven verfügt über eine landschaftliche reizvolle Umgebung und ein breitgefächertes Freizeitangebot sowie Sehenswürdigkeiten, die die Stadt einzigartig und für auswärtige Gäste attraktiv machen. Die FDP tritt dafür ein, dieses große Potenzial für den Tourismus offensiver zu nutzen und damit mehr Besucher zu uns einzuladen.

### **Privatisierungen ermöglichen und Steuern senken**

In Zeiten knapper Kassen setzt sich die FDP für eine solide und verantwortungsbewusste Finanzpolitik ein, die auch die mittelfristigen und langfristigen Ziele der Stadt verfolgt. Eine populistische Gefälligkeitspolitik, die kurzfristig alle Wünsche erfüllt, aber langfristig zur Überschuldung führt, lehnen wir als unverantwortlich ab. Die FDP tritt dafür ein, die Ausgaben in Greven immer wieder kritisch zu überprüfen. Erfolgreich hat sich die FDP in NRW dafür eingesetzt, dass in der Gemeindeordnung der Grundsatz „Privat vor Staat“ verankert wurde. Viele Aufgaben, die heute von der Kommune geleistet wird, gehören nicht zu deren Kernaufgaben und können von den Bürgern oder privaten Unternehmen besser und kostengünstiger selber geleistet werden. Die FDP setzt sich für eine schlanke Verwaltung ein. Dies erfordert eine umfassende und ständige Aufgabenkritik mit dem Ziel einer Konzentration auf die wirklich notwendigen Aufgaben. Die als Kernaufgaben der kommunalen Verwaltung erkannten Bereiche sind konsequent auf Leistungs- und Qualitätsziele auszurichten und müssen ständig auf ihre Qualität, insbesondere im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern hin überprüft werden. Umgekehrt will die FDP den Bürgern weniger Steuern, Gebühren und Abgaben zumuten. Überall dort, wo es die Haushaltslage zulässt, wollen die Liberalen die Belastungen sowohl für die Bürger als auch für die Unternehmen senken, um neue Investitionen, neue Arbeitsplätze und damit auch zusätzliche Einnahmen zu ermöglichen.

## **Kommunale Finanzen reformieren**

Um unsere Stadt zu entlasten und ihr Spielraum für eine attraktive Gestaltung zu geben, müssen die Gemeindefinanzen grundlegend reformiert werden. Zur dauerhaften Finanzsicherung bedarf es einer ernsthaften Gemeindefinanzreform, bei der die bisherige Gewerbesteuer, die zu stark von der allgemeinen Konjunktur abhängt und kaum zu kalkulieren ist, durch eine eigene Kommunalsteuer (12 % Anteil am Umsatzsteueraufkommen und Einführung eines eigenen kommunalen Hebesatzes auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer bei gleichzeitiger Absenkung der Einkommens- und Körperschaftssteuersätze des Bundes) ersetzt wird, die im Wettbewerb steht. Das liberale Gemeindefinanzmodell schafft eine höhere Stabilität der Einnahmen auch unserer Stadt und führt zudem zu einer größeren Sensibilität mit den städtischen Finanzen. Bürger und Wirtschaft werden bei den kommunalen Leistungen genauer hinsehen, wenn hiervon die Höhe ihrer kommunalen Steuer abhängt.

Besuchen Sie uns im Internet: [www.fdp-greven.de](http://www.fdp-greven.de)

## **Anregungen oder Kritiken?**

Bitte schreiben Sie uns:

[info@fdp-greven.de](mailto:info@fdp-greven.de)

oder

FDP Greven - c/o Jürgen Mußmann - Aldrufer Weg 7 - 48268 Greven